

PRESSEKONFERENZ

Frankfurt am Main, 7. August 2014

EINLEITENDE BEMERKUNGEN

Sehr geehrte Damen und Herren, der Vizepräsident und ich freuen uns sehr, Sie zu unserer Pressekonferenz begrüßen zu dürfen. Wir werden Sie nun über die Ergebnisse der heutigen Sitzung des EZB-Rats informieren.

Auf der Grundlage seiner regelmäßigen wirtschaftlichen und monetären Analyse hat der EZB-Rat beschlossen, die **Leitzinsen der EZB** unverändert zu belassen. Die verfügbaren Informationen decken sich nach wie vor mit unserer Einschätzung einer anhaltend moderaten und uneinheitlichen Erholung der Wirtschaft des Euro-Währungsgebiets bei niedrigen Inflationsraten und verhaltenem Geldmengen- und Kreditwachstum. Gleichzeitig sind die mittel- bis langfristigen Inflationserwartungen für das Eurogebiet weiterhin fest auf einem Niveau verankert, das mit unserem Ziel im Einklang steht, die Preissteigerung unter, aber nahe 2 % zu halten. Die Anfang Juni beschlossenen geldpolitischen Maßnahmen haben zu einer Lockerung des geldpolitischen Kurses geführt. Dies steht im Einklang mit unserer Forward Guidance und spiegelt die Aussichten für die Wirtschaft des Euroraums sowie die Unterschiede im geldpolitischen Zyklus zwischen wichtigen fortgeschrittenen Volkswirtschaften angemessen wider. Die gezielten längerfristigen Refinanzierungsgeschäfte (GLRGs), die in den kommenden Monaten stattfinden sollen, werden unseren akkommodierenden geldpolitischen Kurs verstärken. Diese Geschäfte bieten allen Banken, die bei ihrer Kreditvergabe an die Realwirtschaft bestimmte Referenzgrößen erfüllen, eine langfristige Refinanzierung zu attraktiven Konditionen über einen Zeitraum von bis zu vier Jahren. Dies dürfte zu einer weiteren Lockerung der Finanzierungsbedingungen beitragen und die Kreditvergabe an die Realwirtschaft stimulieren. Da unsere Maßnahmen auf die Wirtschaft durchwirken, werden auch sie dafür sorgen, dass die Inflationsraten auf ein Niveau zurückkehren, das näher bei 2 % liegt.

Wie bereits angekündigt, und im Nachgang zu unserem Beschluss von Anfang Juni, haben wir unsere Vorbereitungen im Zusammenhang mit den Outright-Käufen am Markt für Asset-Backed Securities (ABS) verstärkt, um das Funktionieren des geldpolitischen Transmissionsmechanismus zu verbessern.

Mit Blick auf die Zukunft werden wir einen hohen Grad an geldpolitischer Akkommodierung beibehalten. Was unsere Forward Guidance betrifft, so werden die EZB-Leitzinsen angesichts der gegenwärtigen Inflationsaussichten für längere Zeit auf dem aktuellen Niveau bleiben. Der EZB-Rat vertritt darüber hinaus einstimmig die Absicht, innerhalb seines Mandats auch unkonventionelle Instrumente einzusetzen, falls es erforderlich werden sollte, den Risiken einer zu lang anhaltenden Phase niedriger Inflation weiter entgegenzutreten. Wir sind fest entschlossen, die solide Verankerung der Inflationserwartungen auf mittlere bis lange Sicht zu wahren.

Gestatten Sie mir nun, unsere Einschätzung näher zu erläutern und dabei mit der **wirtschaftlichen Analyse** zu beginnen. Im ersten Quartal des laufenden Jahres stieg das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) des Eurogebiets um 0,2 % gegenüber dem Vorquartal. Im Hinblick auf das zweite Quartal wiesen die monatlichen Indikatoren eine gewisse Volatilität auf, die teilweise mit technischen Faktoren zusammenhing. Insgesamt stehen die jüngsten Informationen, einschließlich der verfügbaren Umfragedaten für Juli, nach wie vor mit unserer Erwartung im Einklang, dass die Erholung der Wirtschaft des Euro-Währungsgebiets weiter moderat und uneinheitlich verlaufen wird. Was die nähere Zukunft betrifft, dürfte die Binnennachfrage durch eine Reihe von Faktoren begünstigt werden, unter anderem durch die Akkommodierung des geldpolitischen Kurses und die anhaltenden Verbesserungen der Finanzierungsbedingungen. Darüber hinaus sollten die Fortschritte bei der Haushaltskonsolidierung und den Strukturreformen sowie die Zunahme des real verfügbaren Einkommens einen positiven Beitrag zum Wirtschaftswachstum leisten. Zudem dürfte die Exportnachfrage von der anhaltenden globalen Erholung profitieren. Allerdings ist die Arbeitslosigkeit im Eurogebiet nach wie vor hoch, obschon sich an den Arbeitsmärkten weitere Anzeichen einer Besserung erkennen lassen, und die ungenutzten Kapazitäten sind insgesamt immer noch beträchtlich. Darüber hinaus blieb die Jahresänderungsrate der MFI-Buchkredite an den privaten Sektor im Juni negativ, und die notwendigen Bilanzanpassungen im öffentlichen und im privaten Sektor dürften das Tempo der wirtschaftlichen Erholung weiterhin dämpfen.

Die Risiken für den Wirtschaftsausblick im Euro-Währungsgebiet sind nach wie vor abwärts gerichtet. Insbesondere erhöhte geopolitische Risiken sowie die Entwicklung in den Schwellenländern und an den globalen Finanzmärkten könnten die Konjunkturlage negativ beeinflussen, etwa über die Wirkung auf die Energiepreise und auf die weltweite Nachfrage nach Erzeugnissen des Eurogebiets.

Zu den weiteren Abwärtsrisiken zählen eine unzureichende Umsetzung von Strukturreformen in den Ländern des Euroraums und eine schwächer als erwartet ausfallende binnenwirtschaftliche Nachfrage.

Die am HVPI gemessene jährliche Teuerungsrate für das Euro-Währungsgebiet belief sich der Vorausschätzung von Eurostat zufolge im Juli 2014 auf 0,4 % nach 0,5 % im Juni. Diese Entwicklung ist vor allem auf einen niedrigeren Preisauftrieb bei Energie zurückzuführen; die übrigen wichtigsten Komponenten des HVPI blieben weitgehend unverändert. Auf der Grundlage aktueller Informationen wird damit gerechnet, dass die jährliche am HVPI gemessene Teuerung in den kommenden Monaten weiterhin auf einem niedrigen Niveau liegen und sich im Jahresverlauf 2015 und 2016 allmählich erhöhen wird. Die mittel- bis langfristigen Inflationserwartungen für das Eurogebiet sind indessen weiterhin fest auf einem Niveau verankert, das mit unserem Ziel im Einklang steht, die Preissteigerung unter, aber nahe 2 % zu halten.

Der EZB-Rat erachtet sowohl die Aufwärts- als auch die Abwärtsrisiken in Bezug auf die Aussichten für die Preisentwicklung als begrenzt und auf mittlere Sicht weitgehend ausgewogen. In diesem Zusammenhang werden wir die möglichen Auswirkungen der erhöhten geopolitischen Risiken und der Wechselkursentwicklungen genau beobachten.

Was die **monetäre Analyse** betrifft, so deuten die Daten für Juni 2014 weiterhin auf eine verhaltene Grunddynamik des Wachstums der weit gefassten Geldmenge (M3) hin; so betrug die Zwölfmonatsrate von M3 im Juni 1,5 %, verglichen mit 1,0 % im Mai. Die jährliche Zuwachsrate des eng gefassten Geldmengenaggregats M1 erhöhte sich im Juni auf 5,3 % gegenüber 5,0 % im Vormonat. Das jährliche M3-Wachstum wurde nach wie vor maßgeblich vom Anstieg der Nettoauslandsposition der MFIs getragen, worin sich zum Teil das anhaltende Interesse internationaler Anleger an Vermögenswerten des Euroraums niederschlug.

Die um Kreditverkäufe und -verbriefungen bereinigte jährliche Änderungsrate der Buchkredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften blieb im Juni mit -2,3 % im negativen Bereich (gegenüber -2,5 % im Mai und -3,2 % im Februar). Die Kreditvergabe an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften fällt nach wie vor schwach aus; darin kommen deren verzögerte Reaktion auf den Konjunkturzyklus, das Kreditrisiko, die Kreditangebotsfaktoren sowie die anhaltenden Bilanzanpassungen im finanziellen und nichtfinanziellen Sektor zum Ausdruck. Im Vormonatsvergleich haben die Buchkredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften in den letzten Monaten indes gewisse Anzeichen einer Stabilisierung erkennen lassen, nachdem in den Monaten zuvor erhebliche monatliche Abflüsse verzeichnet wurden. Dies steht im Einklang mit den Ergebnissen der Umfrage zum Kreditgeschäft der

Banken für das zweite Quartal 2014, denen zufolge sich die Kreditrichtlinien für Ausleihungen an Unternehmen den Banken zufolge per saldo gelockert haben. Aus historischer Sicht sind sie jedoch weiterhin insgesamt recht restriktiv. Darüber hinaus meldeten Banken eine Erholung der Nettonachfrage nach Krediten an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften und private Haushalte. Die um Kreditverkäufe und -verbriefungen bereinigte Zwölfmonatsrate der Buchkreditvergabe an private Haushalte lag im Juni bei 0,5 % und ist damit seit Anfang 2013 weitgehend unverändert.

Vor dem Hintergrund des schwachen Kreditwachstums ist die derzeit laufende umfassende Bewertung der Bankbilanzen durch die EZB von zentraler Bedeutung. Banken sollten diese Bewertung in vollem Umfang nutzen, um ihre Eigenkapitalposition zu verbessern und dadurch den Spielraum für eine Ausweitung des Kreditvolumens in den nächsten Phasen der Erholung zu vergrößern.

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass die HVPI-Teuerungsraten der wirtschaftlichen Analyse zufolge nach dem aktuell niedrigen Stand allmählich auf ein Niveau steigen dürften, das näher bei 2 % liegt. Die **Gegenprüfung** anhand von Signalen aus der monetären Analyse bestätigt diesen Eindruck.

Was die **Finanzpolitik** angeht, so hat die umfassende Haushaltskonsolidierung der vergangenen Jahre zum Abbau von Haushaltsungleichgewichten beigetragen. Durch wichtige **Strukturreformen** hat sich die Wettbewerbs- und Anpassungsfähigkeit der Arbeits- und Gütermärkte der Länder erhöht. Diese Anstrengungen müssen nun intensiviert werden, um das Wachstumspotenzial des Euro-Währungsgebiets zu verbessern. Strukturreformen sollten sich auf die Förderung privater Investitionen und die Schaffung von Arbeitsplätzen konzentrieren. Um die öffentlichen Finanzen wieder auf eine solide Basis zu stellen, sollten die Länder des Euroraums den Stabilitäts- und Wachstumspakt einhalten und nicht hinter die bei der Haushaltskonsolidierung erzielten Fortschritte zurückfallen. Die Haushaltskonsolidierung sollte wachstumsfreundlich konzipiert sein. Eine vollständige und einheitliche Umsetzung des bestehenden finanzpolitischen Regelwerks und des Rahmens zur makroökonomischen Überwachung im Euro-Währungsgebiet ist von zentraler Bedeutung, um die hohen öffentlichen Schuldenquoten zu senken, das Potenzialwachstum zu steigern und die Widerstandsfähigkeit des Euroraums gegenüber Schocks zu erhöhen.

Wir sind nun gerne bereit, Ihre Fragen zu beantworten.

Europäische Zentralbank

Generaldirektion Kommunikation & Sprachendienst, Internationale Medienarbeit

Kaiserstraße 29, D-60311 Frankfurt am Main

Tel.: +49 (69) 1344-7455 • Fax: +49 (69) 1344-7404

Internet: www.ecb.europa.eu

Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.